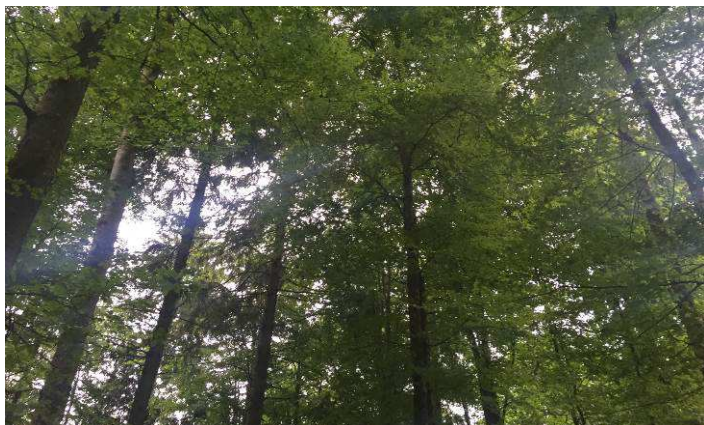


Dr. Patrick Rapp**Für Sie im Landtag**

Neues aus dem Wahlkreis und Stuttgart

Dr. Patrick Rapp MdL zum Thema Urteil OLG Düsseldorf zum Holzkartellverfahren:



„Die CDU-Landtagsfraktion hat sich heute mit dem Urteil des OLG Düsseldorf zum Holzkartellverfahren befasst und grünes Licht für das weitere Vorgehen gegeben. Wir müssen jetzt zügig und gründlich handeln. Die hervorragende Waldbewirtschaftung im Land darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Wir müssen jetzt Sorge dafür tragen, dass sowohl das Forstpersonal als auch die Waldbesitzer nicht weiter verunsichert werden und es zu keiner langen, für alle Beteiligten schädlichen Hängepartei kommt. Bei der Neuausrichtung des Staatsforsts muss darauf geachtet werden, dass die bestehenden Standards, die Qualität aber auch die Multifunktionalität der Waldwirtschaft im Land erhalten bleiben. Dies gerade auch mit Blick auf die soziale, ökonomische und ökologische Bedeutung des Waldes. Zugleich muss zeitnah die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einrichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts in der Fraktion ausführlich beraten werden, um einen wichtigen Schritt in Richtung Rechts- und Planungssicherheit zu gehen und das Risiko von Schadenersatzforderungen zu verringern. Die Landesregierung ist nun gefordert, dem Landtag zügig einen Vorschlag zur Anpassung des Landeswaldgesetzes an das geänderte Bundeswaldgesetz vorzulegen, um eine erste verlässliche Grundlage zu schaffen“.

Bergwacht im Fokus / SWR Serie



Um die Aufgaben und Finanzierung der Bergwacht, aber auch die aktuelle SWR Dokumentationen ging es am Montag in Kirchzarten. Auf Initiative der CDU-Fraktion stehen der Bergwacht für die Funkzellenvermessung dieses Jahr 100.000 Euro zur Verfügung, auch bei der Grundfinanzierung und der Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen gab es dank unseres Innenministers Thomas Strobl und der Beharrlichkeit von CDU und Bergwacht einen Durchbruch. Weitere Informationen zur SWR Dokumentation finden Sie www.bergwacht-schwarzwald.de

Land fördert den Breitbandausbau im Wahlkreis Breisgau mit 787.000 Euro



Wahlkreis Breisgau - Das Land unterstützt die Städte Bad Krozingen mit 569.999 Euro und Staufen mit 163.871 Euro und die Gemeinde Schliengen mit 23.760 Euro beim Breitbandausbau. In Bad Krozingen gehe es um Breitbandanschlüsse für das Herzzentrum, das Gewerbe und die Schulen. In Staufen sei die Förderung u. a. für den Anschluss einer Fachklinik und eines Campingplatzes vorgesehen. Das teilte Dr. Patrick Rapp (CDU) anlässlich der Übergabe der Förderbescheide in Stuttgart mit. „Ein leistungsfähiges Breitbandnetz gehört zu einer modernen Infrastruktur. Der Breitbandausbau ist ein wichtiger Beitrag für die Attraktivität des Standorts – als Wohnort und auch für Unternehmen“. Damit treibe die grün-schwarze Landesregierung ein zentrales Projekt für die Ländlichen Räume Baden-Württembergs weiter voran. Innenminister Thomas Strobl überreichte dem Staufener Bürgermeisterstellvertreter Klaus Natterer den Förderbescheid.

Besuch bei der Tafel in Bad Krozingen

**Dr. Patrick Rapp MdL**www.patrick-rapp.eu

Verantwortlich: Micha Bächle 22.3.2017

Dr. Patrick Rapp**Für Sie im Landtag**

Land fördert Breitbandausbau im Landkreis Lörrach / CDU-Abgeordnete begrüßen Förderbetrag von 910 000 €



Landkreis Lörrach - Der flächendeckende Ausbau zukunftsfähiger Breitband-Netze zählt zu den zentralen Aufgaben unserer Zeit. Die CDU-Landtagsabgeordneten für den Landkreis Lörrach Dr. Patrick Rapp (Wahlkreis Breisgau) und Felix Schreiner (Wahlkreis Waldshut) freuen sich daher mit dem Bundestagsabgeordneten Armin Schuster über den Förderbescheid des Landes Baden-Württemberg über 910.865 Euro für den Breitbandausbau im Landkreis Lörrach.

Innenminister Thomas Strobl hat heute im Beisein der Abgeordneten Dr. Rapp und Schreiner in Stuttgart den Zuwendungsbescheid für den Breitbandausbau im Landkreis Lörrach überreicht. Gefördert wird mit der heutigen Fördertranche das schnelle Internet für Rheinfelden, Steinen, Weil am Rhein, Schopfheim, Schliengen, Fröhd, Wembach und Bad Bellingen. Schnelles Internet ist inzwischen für Stadt und Land notwendig, um die Regionen am Welt- und Marktgeschehen teilhaben zu lassen. Schnelle und flächendeckende Breitband-Netze sind die Voraussetzung für neue Geschäftsideen, wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Entwicklung sowie für neue Lehr- und Lernformen. Die Landesregierung unterstützt die Kommunen dort, wo sich für private Unternehmen der Ausbau der Netzinfrastruktur nicht lohnt. Dies ist besonders in Gemeinden mit geringer Einwohnerdichte und Zentralität der Siedlungen der Fall. Im Jahr 2016 wurden drei Viertel aller Förderanträge von Kommunen im Ländlichen Raum gestellt.

Förderung für örtliche Leistungsschauen

Breisgau-Hochschwarzwald - Auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion gibt es ab diesem Jahr wieder die Möglichkeit, dass örtliche Leistungsschauen vom Wirtschaftsministerium mit 1500 Euro gefördert werden. Die CDU-Landtagsfraktion hatte sich hierfür eingesetzt, nachdem die grün-rote Vorgängerregierung die Förderung gestrichen hatte. Der Vorsitzende des Arbeitskreises Ländlicher Raum und Verbraucherschutz, Dr. Patrick Rapp, sagte: „Ich freue mich, dass wir zusätzliche wirtschaftspolitische Projekte umsetzen können. Die örtlichen Leistungsschauen sind ein wichtiges Schaufenster für das lokale Gewerbe und für die Leistungsfähigkeit der örtlichen Wirtschaft in einer Kommune. Die Förderung dieser Veranstaltungen ist ein wertvoller Impuls und eine wichtige Anerkennung für das, was die Gewerbe- und Handelsvereine leisten“, so Rapp. Die Förderung umfasst u.a. Ausstellungen lokaler und regionaler Anbieter aus Handwerk, Handel, mittelständiger Industrie, den Freien Berufen und sonstigen Dienstleistungen, die von einer qualifizierten Veranstaltung zu mindestens einem aktuellen Thema von öffentlichen Interesse mit Bezug auf die regionalen Aussteller begleitet werden. In der Regel sind dies die örtlichen Leistungsschauen der Gewerbe- und Handelsverbände, bei denen sich das vor Ort befindliche Gewerbe mit seinem Leistungsspektrum präsentiert.

BLHV Landestagung in Bonndorf



Dr. Rapp MdL und Minister Peter Hauk MdL



Felix Schreiner MdL, Dr. Patrick Rapp MdL und Karl Rombach MdL

Rapp freut sich über Förderung für Umbau der Kreuzung B3 bei Tunsel

Bad Krozingen – Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur hat auf Nachfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Patrick Rapp MdL mitgeteilt, dass der Bau eines Verkehrskreisels an der B 3 bei Tunsel und einer Querspange zur Anbindung der dortigen Eisenbahnstraße vom Land gefördert und im Frühjahr in das Programm des Landesgemeindefinanzierungsgesetz (LGVFG) aufgenommen und bewilligt werden soll. „Das ist eine gute Nachricht für Bad Krozingen. Damit kann die Verkehrssicherheit deutlich verbessert werden“, so Rapp. Die Maßnahme war bislang nicht im LGVFG im Zeitraum 2015-2019 berücksichtigt. Der Abgeordnete hatte sich nun, da der Planfeststellungsbeschluss rechtskräftig geworden ist an das Ministerium gewandt und für eine nachträgliche Aufnahme des Projektes, das mit rund 2,35 Millionen Euro veranschlagt ist, geworben. Die weitere zeitliche Planung sieht vor, bis Ende des Jahres die Ausführungsplanung sowie die Ausschreibungsunterlagen vorzubereiten. Die Ausschreibung soll danach erfolgen, so dass im Frühjahr 2018 mit dem Bau begonnen werden könnte.

Dr. Patrick Rapp**Für Sie im Landtag**

Neues aus dem Wahlkreis und Stuttgart

CDU-Abgeordnete setzten sich für bessere Mobilfunkabdeckung in der Wutachschlucht und von Bachheim ein / Land bietet Funkmasten an



Löffingen/Hochschwarzwald - Die Mobilfunkabdeckung in der Wutachschlucht, aber auch in Bachheim ist aufgrund der topografischen Situation kaum oder gar nicht gegeben. Daher haben sich die CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Patrick Rapp und der CDU-Bundestagskandidat und Landtagsabgeordnete Felix Schreiner sowohl an das Innenministerium, als auch an die Deutsche Telekom gewandt. Das Innenministerium sieht nun Möglichkeiten die bestehenden Behörden-Funkmasten für den Mobilfunk zu nutzen, um damit die Mobilverbindung zu verbessern. Dies wird nun geprüft. „Wir brauchen in der Wutachschlucht eine bessere Mobilfunkabdeckung, denn es kommt hier immer wieder zu Unfällen, die Alarmierung der Bergwacht in der Schlucht ist jedoch aufgrund der schlechten Abdeckung sehr schwierig. Auch stellt sich für Wanderer das Problem, dass sie, wenn sie zu spät an den Endpunkt der Wanderung kommen, von dort aus kein Taxi rufen können. Auch für Bachheim braucht es eine bessere Mobilfunkabdeckung“, so Rapp und Schreiner.

Der CDU-Bundestagskandidat Felix Schreiner und sein Kollege Dr. Patrick Rapp haben sich daher an das Innenministerium gewandt, das Ende Januar 2017 eine Initiative zur Beseitigung von Funklöchern in der Mobilfunkversorgung angekündigt hat. Die Abgeordneten haben angeregt die Funkmasten des Behördenfunks zur Verfügung zu stellen, um die Netzabdeckung zu verbessern. Innenminister Thomas Strobl hat nun mitgeteilt: „Ich stimme mit Ihnen darin überein, dass insbesondere in der Wutachschlucht eine leistungsfähige Mobilfunkanbindung wichtig ist. Auch für Bachheim teile ich Ihre Ansicht“. Das Innenministerium hat mitgeteilt, dass die Prüfung ergeben hat, dass der Funkmast im Bereich Vogtsberg für eine weitergehende Nutzung geeignet und von Mobilfunkanbietern grundsätzlich angemietet werden kann. Für eine bessere Abdeckung von Bachheim gebe es zudem einen weiteren geeigneten Behördenfunkmast. Die Abgeordneten Rapp und Schreiner sind nun auf die Telekom zugegangen und haben sie gebeten die Standorte des Behördenfunkmastes zu prüfen.

Ortsumfahrung Staufen kann 2018 gebaut werden

Staufen – „Es freut mich, dass das Land Baden-Württemberg nun die Voraussetzungen für eine schnelle Realisierung der Ortsumfahrung mit der Aufnahme in den Maßnahmenplan und dem konkreten Baubeginn im nächsten Jahr schafft. Mit dem Bau der Ortsumfahrung Staufen kann nach Rückmeldung aus dem Verkehrsministerium 2018 begonnen werden. Die Ortsumfahrung ist für die Bürger in Staufen und der Region sehr wichtig und notwendig“, so Dr. Patrick Rapp MdL. Rapp hatte sich in Sachen Ortsumfahrung L123 immer wieder an das zuständige Ministerium gewandt und auch nach der Einigung im Streit um die Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss der Ortsumfahrung Staufen für eine nachträgliche Aufnahme der Ortsumfahrung in das Bauprogramm geworben. Auch die Erhöhung der Mittel für den Landesstraßenbau durch die neue Landesregierung hat nun zu der zeitnahen Realisierungsperspektive geführt.

EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei stoppen / Doppelte Staatsbürgerschaft neu regeln

Lörrach/ Breisgau-Hochschwarzwald. Der Umgang mit der Türkei und die doppelte Staatsbürgerschaft werden auch an der CDU-Basis intensiv diskutiert. Bei einer gemeinsamen Sitzung in Heitersheim sprachen sich die Kreisvorstände von CDU Breisgau-Hochschwarzwald und CDU Lörrach dafür aus, die Verhandlungen über einen Beitritt der Türkei zur EU mit sofortiger Wirkung auszusetzen. Die Türkei müsse sich wieder zu den rechtsstaatlichen Grundsätzen der EU und seiner Mitgliedstaaten bekennen, andernfalls seien die Beitrittsverhandlungen zu beenden. Die demokratisch gewählte politische Führung der Türkei lasse keinen Willen erkennen, auf die Anforderungen einer Mitgliedschaft in der EU hin zu arbeiten. Meinungsfreiheit, Minderheitenrechte und Glaubensfreiheit können gegenwärtig in der Türkei nicht praktiziert werden. Die Türkei entferne sich immer weiter von den europäischen Werten, was aus Sicht der beiden südbadischen Kreisverbände nicht länger akzeptiert werden dürfe. Daher sollten auch alternative Wege zu einer Vertiefung der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU, wie eine Privilegierte Partnerschaft, unter den aktuellen Umständen nicht weiter verfolgt werden. Eine weitere Forderung der CDU-Kreisverbände von Lörrach und Breisgau-Hochschwarzwald zielt auf eine Neuregelung des Staatsbürgerschaftsrechts ab. Der Beschluss des CDU-Bundesparteitags zur doppelten Staatsbürgerschaft vom Dezember letzten Jahres müsse in das Wahlprogramm der CDU Deutschland zur Bundestagswahl 2017 aufgenommen werden. Die doppelte Staatsbürgerschaft lasse die gesellschaftliche Zugehörigkeit bewusst in der Schwebe. Fragen in Richtung Staatstreue, Staatsverpflichtungen etc. würden nicht abschließend geklärt. Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass zum Beispiel durch das Wahlrecht in einem weiteren Land gesellschaftliche Konflikte innerhalb dieses anderen Landes nach Deutschland getragen werden können. Dies könne die Integration hier lebender Menschen mit Zuwanderungsgeschichte behindern. Migrantinnen, deren Eltern und Großeltern bereits in Deutschland lebten, könne eine klare Entscheidung abverlangt werden, sich zu Deutschland oder zum Herkunftsland der Großeltern zu bekennen, fasste der Lörracher Kreisvorsitzende Armin Schuster die Position zusammen. Daher solle der gegenwärtig gültige Kompromiss zur doppelten Staatsbürgerschaft aufgekündigt werden. Stattdessen solle ein neues Modell entwickelt werden, dass der Lebenswirklichkeit näher komme und die Integration erleichtere. Die beiden Kreisverbände werden ihre Forderungen auch auf dem CDU-Landesparteitag am 25. März 2017 in Sindelfingen zur Diskussion stellen.